

Lausitzer-Kohle-Rundbrief

BRUNICOWY ROZGLĚD

**15. Dezember
2023**

Liebe Leserinnen und Leser des Kohlerundbriefs,

auch wenn unser jährlicher Kurzbericht noch aussteht, möchten wir uns so kurz vor dem dritten Advent bei Euch für allen für Euer Interesse und Eure Unterstützung bedanken! Die untenstehenden aktuellen Meldungen zeigen, wie dringend es ist, dass wir uns weiter engagieren.

Noch immer droht die Enteignung des Waldes am Tagebau Nochten. Damit Michaela und Dietmar* sich gerichtlich dagegen wehren können, bitten sie [hier um Spenden](#).

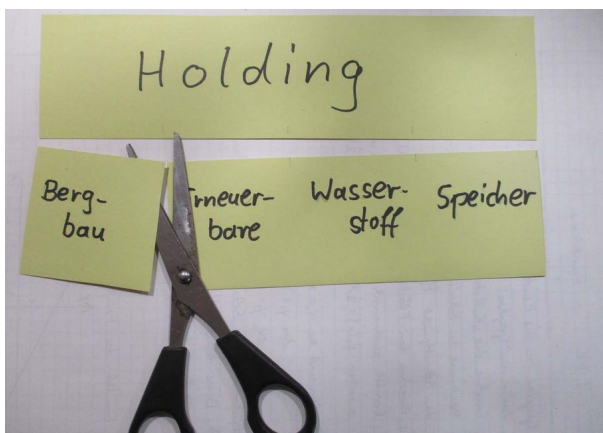
Unsere gemeinnützige Vereinsarbeit könnt Ihr [hier unterstützen](#).

(*Namen zum Schutz vor Anfeindungen geändert)

herzliche Grüße sendet

René Schuster von der Umweltgruppe Cottbus

1. LEAG will Tagebaufolgen offenbar dem Staat überlassen
2. Populisten-Wettstreit um die LEAG-Beihilfe
3. Presserecherchen: Křetínský kriegt nicht genug, EPH verschleiert Emissionen
4. Hunderte Euro Gebühr für acht Zahlen? Sächsische Behörde führt Akteneinsichtsrecht ad absurdum
5. MDR zeigt, wie der Tagebau den Urwald fraß
6. LMBV: Auch in 20 Jahren werden nicht alle DDR-Tagebaukippen sicher sein
7. Lausitzer Bergbaufolgelandschaft wird kein Weltkulturerbe
8. Lausitzer Wasserstandsmeldung: Regenrekorde bisher nur anderswo



1. LEAG will Tagebaufolgen offenbar dem Staat überlassen

Cottbus, 08.12.2023. Das Umweltnetzwerk GRÜNE LIGA sieht in der geplanten Umstrukturierung des Braunkohleunternehmens LEAG eine Vorbereitung dafür, sich aus der Verantwortung für die Tagebaufolgen zu stehlen. Die Verantwortung für die Kohletagebaue soll vom Geschäft mit Erneuerbaren Energien abgetrennt werden. Die einzelnen Gesellschaften sollen nur durch eine Holding-Struktur verbunden sein, wie die Lausitzer Rundschau berichtet.

„Offenbar sollen die Tagebaue pleite gehen, sobald die Kohle herausgeholt ist. Die Folgekosten im Milliardenhöhe würden auf die Steuerzahlenden abgewälzt, weil ausreichende insolvenzfeste Rückstellungen fehlen. Jede öffentliche Förderung des Unternehmens muss umgehend gestoppt werden, wenn nicht garantiert ist, dass Erträge neuer Geschäftsfelder in die Folgekosten der Tagebaue fließen.“ sagt René Schuster, Braunkohleexperte der GRÜNEN LIGA.

Allein in Sachsen soll die LEAG 95 Millionen Euro aus dem europäischen „Just transition fund“ erhalten, wie eine [Recherche von „Neue Lausitz“](#) ergab. Auch in Brandenburg werden die neuen Geschäftsfelder des Unternehmens etwa im Bereich Wasserstoff und Erneuerbare Energien offenbar mit öffentlichen Geldern gefördert.

Schuster sieht auch direkte Folgen für die Zulassung der Tagebaue: „Die Bergbehörden in Brandenburg und Sachsen müssen umgehend alle Tagebaufolgen kalkulieren und insolvenzfeste Sicherheitsleistungen anordnen. Ansonsten darf keine weitere Kohleförderung mehr zugelassen werden. Die beiden Landesregierungen haben dem Unternehmen viel zu lange blind vertraut.“

Eine ausreichende Vorsorge für die Wiedernutzbarmachung ist nach dem Bundesberggesetz Voraussetzung für die Zulassung von Betriebsplänen. Unternehmenswerte in einer losen Holdingstruktur erfüllen diese Bedingung offensichtlich nicht.

Nachtrag: Am 11. Dezember wurde der Umbau in eine Holding von der LEAG mit einer [Pressemitteilung](#) bestätigt. Erwartungsgemäß werden die Risiken für die Tagebaufolgekosten dabei nicht erwähnt.



2. Populisten-Wettstreit um die LEAG-Beihilfe

Die Landtagswahlen in Sachsen und Brandenburg werfen ihre Schatten voraus und aus lauter Angst vor Stimmenverlusten liefern sich Landespolitiker parteiübergreifend einen absurden Wettlauf um die Gunst des Oligarchen Křetínský in Prag. Wie konnte es dazu kommen?

Am 11. Dezember bewilligte die EU-Kommission die im Kohleausstiegsgesetz geplante Entschädigung an den nordrhein-westfälischen

Kohlekonzern RWE. Schon vor vielen Monaten hatte die Kommission dieses Verfahren von dem zu LEAG und MIBRAG getrennt, sein früherer Abschluss stellt deshalb keine Überraschung dar. Inszeniert wird er aber als Skandal um ein angeblich benachteiligtes Ostdeutschland.

Sachsens Ministerpräsident Michael Kretschmer etwa „gewinnt den Eindruck, dass die Bundesregierung sich zu wenig für die Braunkohleunternehmen in Ostdeutschland, Leag und Mibrag, einsetzt.“ Der linke Bundestagsabgeordnete Christian Görke vermutet in der Lausitzer Rundschau: „Scheinbar setzt sich das grüne Wirtschaftsministerium bei Gesprächen in Brüssel nur für die Kohleregionen im Westen ein“. In einer Landtagsdebatte in Potsdam tröten Politiker mehrerer Fraktionen in dieses Horn.

Moment mal: Kann eine nicht zulässige Beihilfe plötzlich richtig werden, weil die Bundesregierung sich mehr dafür engagiert? Spielen Inhalte bei dieser Prüfung also überhaupt keine Rolle? Das Bild, das hier gemalt wird, hat mit einem Rechtsstaat nichts zu tun. Erschreckend auch, wenn ein ehemaliger Landesfinanzminister wie Görke nicht die öffentlichen Kassen vor der Auszahlung unerlaubter Beihilfen, sondern einen Konzern vor den selbst verursachten Folgekosten seiner Tagebaue schützen will.

Denn Zahlungen an die LEAG gehen eben nicht an die „Kohleregion im Osten“, sondern helfen dem Milliardär Daniel Křetínský über den Umweg von „Zweckgesellschaften“ beim Ausbau seines Firmenimperiums. Sie sollen formal für die Rekultivierung genutzt, dürfen dazu aber [in Unternehmensbeteiligungen angelegt werden](#). Kommt das Geld nicht, muss die LEAG die angerichteten Schäden schlicht und ergreifend selbst bezahlen. Wäre das wirklich der Untergang des ostdeutschen Abendlandes oder nicht eher der Anfang längst überfälliger Kostengerechtigkeit? Sachsen wie Brandenburg haben drei Jahrzehnte lang alle Tagebauwünsche durchgewunken, ohne die Kosten für die Rekultivierung rechtzeitig zu sichern. In diese Lücke soll nun die Bundesentschädigung springen, mit deren Hilfe die Merkel-Regierung einen Kohleausstieg im

Umweltgruppe Cottbus e.V. Projektbüro: Straße der Jugend 33 D-03050 Cottbus	Internet www.kein-tagebau.de E-Mail umweltgruppe@kein-tagebau.de	Telefon +49 (0)151 14420487	Spendenkonto GLS Bank BIC: GENODEM1GLS IBAN: DE17 4306 0967 1145 3769 00
--	---	---	--

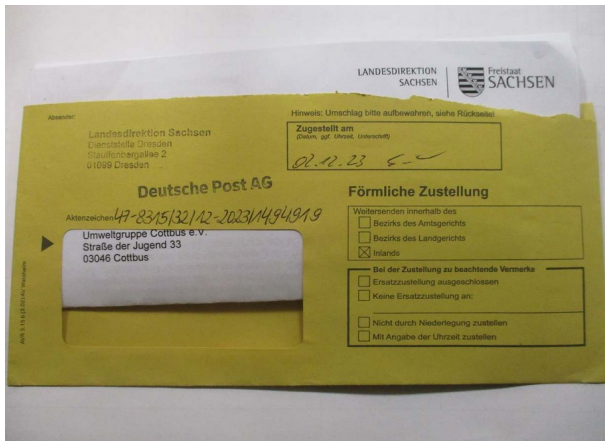
„Einvernehmen“ mit den Konzernen erkaufen wollte. Die Behauptung, es würde sich bei den vereinbarten Summe von 1,75 Milliarden um Mehrkosten durch den Kohleausstieg handeln, ist erwiesenermaßen falsch und genau das macht die Zahlung zur ungerechtfertigten Beihilfe.

So erweckt das Vorgehen der LEAG, eine längere Laufzeit des Kraftwerks Jänschwalde zu behaupten, um sich diese dann vom Steuerzahler abkaufen zu lassen, schon 2020 den [Eindruck eines milliardenschweren Trickbetrugs](#). Der Konzern will sich damit offenbar auch für die Kohle unter fremden Grundstücken entschädigen lassen, wie [Einwohner von Proschim der Kommission](#) 2021 mitteilten. Von der offensichtlichen rechtswidrigen Marktverzerrung durch die vereinbarte Zahlung sollen die plumpen Ost-West-Parolen nun offenbar ablenken. Das ohne Staatsgelder angeblich so mittellose Unternehmen [kauft sich derweil die Namensrechte am Cottbuser Fußballstadion](#).

3. Presserecherchen: Křetínský kriegt nicht genug, EPH verschleiert Emissionen

Am 1. Dezember veröffentlichte die taz in ihrer Reihe zur klimasabotage unter dem Titel [„Herr Křetínský kriegt nicht genug“](#) einen lesenswerten und ausführlichen Artikel zur LEAG, in dem der von Enteignung bedrohte Wald am Tagebau Nochten, aber auch die Aktivitäten des Wasser Cluster Lausitz e.V. und die Strategie des LEAG-Eigentümers Daniel Křetínský eine Rolle spielen.

Eine weitere Recherche, ursprünglich auf tschechisch erschienen bei [denník referendum](#), später englisch bei [voxeurop.eu](#), bescheinigt Křetínskýs Konzern EPH zu den drei schmutzigsten Unternehmen Europas zu gehören, in seiner Klimabilanz aber nur die Hälfte seiner tatsächlichen CO₂-Emissionen anzugeben. Versteckt wird dabei - wenig überraschend - die Verantwortung für die Braunkohlenutzung von LEAG und MIBRAG in Deutschland.



4. Hunderte Euro Gebühr für acht Zahlen? Sächsische Behörde führt Akteneinsichtsrecht ad absurdum

Die Intransparenz von Daten zum Wasserhaushalt erreicht einen neuen traurigen Höhepunkt: Für die Mitteilung von acht Zahlen aus dem Bewirtschaftungsmodell der Bundesländer verlangt die Landesdirektion Sachsen von der Umweltgruppe Cottbus 741,75 Euro. Die Umweltgruppe ist in Widerspruch gegen den Kostenbescheid gegangen, der aus ihrer Sicht eindeutig rechtswidrig ist. Zudem entsteht der Eindruck, dass die Zivilgesellschaft von der Abfrage jeglicher Umweltdaten zu Wasser und

Braunkohlenwirtschaft abgeschreckt werden soll. Solchen Bestrebungen werden wir entschieden entgetreten!

So kam es zum Kostenbescheid:

Die vom Umweltbundesamt bezahlte, aber unter Führung einer Tochtergesellschaft des Kohleunternehmens LEAG erstellten Studie zu Wasserhaushalt und Kohleausstieg ([mehr dazu hier](#)) beruft sich an mehreren Stellen auf das Wasserbewirtschaftungsmodells „WbalMo“, dass die Länder Berlin, Brandenburg und Sachsen gemeinsam betreiben. Der Umweltgruppe Cottbus e.V. hat am 12. Juli 2023 beim Brandenburgischen Landesamt für Umwelt nach dem Umweltinformationsgesetz Akteneinsicht in dort zugrunde gelegte LEAG-Angaben beantragt. Weil es ein gemeinsames Modell der Länder ist, konnte sie davon ausgehen, dass alle beantragten Informationen den brandenburgischen Behörden vorliegen würden. Überraschenderweise sah sich das LfU Brandenburg jedoch nicht zu allen Angaben als „informationspflichtige Stelle“ an und leitete einen Teil des Antrages an die Landesdirektion Sachsen weiter. Diese lehnte mit Bescheid vom 1. November 2023 den Antrag überwiegend ab und gab ihm lediglich in einem Punkt statt. Übermittelt wurden „Informationen zum Rohwasserbedarf des Kraftwerkes Boxberg und die Rückleitung in den Schwarzen Schöps (...) die den Jahren 2020 und 2025 zugeordnet werden.“ Es handelt sich dabei um eine Tabelle mit acht Zahlenangaben. Dafür wurde der Umweltgruppe nun eine Verwaltungsgebühr von 739,12 Euro plus Portokosten von 2,63 Euro in Rechnung gestellt.

[Hier unser Widerspruchsschreiben](#)

Umweltgruppe Cottbus e.V. Projektbüro: Straße der Jugend 33 D-03050 Cottbus	Internet www.kein-tagebau.de E-Mail umweltgruppe@kein-tagebau.de	Telefon +49 (0151) 14420487	Spendenkonto GLS Bank BIC: GENODEM1GLS IBAN: DE17 4306 0967 1145 3769 00
--	---	---	--

Der Hintergrund:

Die Wasserrahmenrichtlinie der EU schreibt vor, dass vor strategischen Entscheidungen zur Wasserbewirtschaftung die Öffentlichkeit zu beteiligen ist. Solche Entscheidungen stehen im Lausitzer Braunkohlenrevier zweifellos an. Im 2021 öffentlich ausgelegten Bewirtschaftungsplan wurde dazu aber nur auf die nicht öffentliche „AG Flussgebietsbewirtschaftung“ verwiesen, in der die Behörden der drei Bundesländer mit den Bergbaubetrieben LEAG und LMBV zusammensitzen. Seitdem versucht die Umweltgruppe Cottbus immer wieder, durch Anträge auf Akteneinsicht Kenntnis von den tatsächlichen Entscheidungsgrundlagen zu bekommen. Dabei verweigert das Unternehmen LEAG regelmäßig seine Zustimmung zur Bekanntgabe vermeintlicher Betriebsgeheimnisse.



5. MDR zeigt, wie der Tagebau den Urwald fraß

Das obersorbische Fernsehmagazin wuhladko des MDR hat in einem sechsminütigen Beitrag in eindrucksvollen Bildern die Natur- und Kulturlandschaftszerstörung durch den Tagebau Nochten festgehalten. Der Beitrag über Hanzo Mrózk ist in der [ARD-Mediathek abrufbar](#). Eine ähnliche Randalage an der Grube, wie sie dort in Trebendorf zu sehen ist, droht in den nächsten Jahren auch den Nachbardörfern Rohne und Mulchwitz. (Bild: MDR)

6. LMBV: Auch in 20 Jahren werden nicht alle DDR-Tagebaukippen sicher sein

In der Sitzung des Brandenburgischen Braunkohlenausschusses am 16. November 2023 informierte die LMBV zum Thema „geplante Verdichtung der Innenkippen“. Hinter dem Titel verbirgt sich für die weitere Entwicklung der Kohleregion zentrale Rahmenbedingung:

Nachdem es im Jahr 2010 zur unerwarteten Rutschung im Tagebau Spreetal gekommen war, hatten die Bergbehörden in Sachsen wie Brandenburg zehntausende Hektar Tagebaukippen sperren müssen und Fachleute machten sich an die Arbeit, die Sicherheit und den Aufwand einer (teilweise erneuten) Sanierung zu bewerten. Die Technologie der „schonenden Sprengverdichtung“ wurde dazu extra entwickelt und könnte Ende 2024 als Regeltechnologie anerkannt werden, falls die Innenkippe des Tagebaues Seese-Ost dann aus der Bergaufsicht entlassen wird. Dreizehn Jahre nach der Rutschung hat die LMBV nun einen Plan, in den alle Flächen nach Kriterien wie Sanierungsaufwand und Nutzungsdruck einsortiert sind.

Demnach können 79% der Kippenflächen innerhalb der nächsten 15 bis 20 Jahre freigegeben werden oder mit Auflagen nutzbar sein. Die Kosten dafür werden (mit Preisen des Jahres 2020) auf 3,044 Milliarden Euro geschätzt. Die verbleibenden 21 % sind etwa 95 Quadratkilometer, die auch in zwanzig Jahren noch gesperrt sein werden, also 53 Jahre nach dem Ende des Staates, für dessen Energieversorgung dort gebaggert wurde. Was mit diesen Flächen geschieht „müssen andere Generationen entscheiden“, hieß es in der Ausschusssitzung. Das ist ehrlich, aber auch bedrückend. So etwas darf sich beim privatisierten Bergbau nicht auf Kosten der Allgemeinheit wiederholen.

7. Lausitzer Bergbaufolgelandschaft wird kein Weltkulturerbe

Die deutsche Kultusministerkonferenz hat sieben neuen Nominierungen für das Unesco-Welterbe beschlossen, die in den nächsten Jahren von der UNESCO geprüft werden. Die Initiative, auch die Lausitzer Bergbaufolgelandschaft zum Weltkulturerbe erklären lassen zu wollen, ging dabei leer aus. Hier waren allerdings auch von Anfang an Zweifel angebracht. Kann man mit der umgewählten Landschaft überhaupt etwas anders machen, wenn man sie zusätzlich auch als kulturelles Erbe ansieht? Wer würde für dessen Schutz die Standsicherheit, die Nachsorge des Wasserhaushaltes und die vielfältigen Nutzungsansprüche einschränken wollen? Es wäre wohl ein Label ohne praktische Folgen gewesen, wenn man einmal von Projektstellen für Kulturwissenschaftler*innen absieht. Die sehen vieles differenziert und wollen auch außerhalb der eigentlichen Kippen liegende

Umweltgruppe Cottbus e.V. Projektbüro: Straße der Jugend 33 D-03050 Cottbus	Internet www.kein-tagebau.de E-Mail umweltgruppe@kein-tagebau.de	Telefon +49 (0)151 14420487	Spendenkonto GLS Bank BIC: GENODEM1GLS IBAN: DE17 4306 0967 1145 3769 00
--	---	---	--

Zeugnisse von Umsiedlungsgeschichten erhalten. Die Medienberichte zur Initiative waren da meist einfacher gestrickt und es entstand der Eindruck, dass hier eine gigantische Landschafts- und Kulturzerstörung nachträglich zur Kulturtat erklärt werden soll.



8. Lausitzer Wasserstandsmeldung: Regenrekorde bisher nur anderswo

„2023 ist nassestes Jahr seit 2007“ titelte gerade wetteronline. Und auch auch für den Oktober und November wurde bundesweit nicht mit Superlativen gespart. Solche bundesweiten Bewertungen lassen sich aber nicht immer auch auf die Lausitz übertragen. Wir haben für Euch nachgeschaut:

Leider hat die [Wetterstation Cottbus](#) in diesem Jahr schon zum zweiten Mal Probleme die Regenmengen exakt zu erfassen. Schauen wir deshalb ein bisschen flussaufwärts nach Görlitz. Dort sind die Regenmengen der Jahre 2013 und

2016 zum heutigen Tag (14.12.) noch nicht erreicht, dürften bis Ende Dezember aber noch geknackt werden. Die Regenmengen der Jahre 2010 und 2012 sind dagegen in den verbleibenden zwei Wochen des Jahres nicht mehr zu erwarten. Es könnte in Görlitz auf knapp über zehn Prozent Abweichung vom langjährigen Mittel hinauslaufen.

Ohne Zweifel erleben wir auch in der Lausitz ein überdurchschnittlich feuchtes Jahr. Aber Regenrekorde scheint der Klimawandel zumindest bisher eher dem Westen Deutschlands zu bescheren. Das seit 2018 angesammelte Regendefizit gegenüber dem langjährigen Mittel ist in der Lausitz noch lange nicht ausgeglichen, dabei ist eine gestiegene Verdunstung noch nicht einmal berücksichtigt. Eine Entwarnung zum langfristigen Wassermangel im Gebiet von Spree und Schwarze Elster lässt sich aus den zurückliegenden Wochen also nicht ableiten. Und so schränkt auch wetteronline die Überschrift wieder ein: „In tieferen Schichten sind die Böden allerdings besonders im Süden und Osten Deutschlands noch trockener und auch die Grundwasserstände sind längst nicht überall wieder auf ein mittleres Niveau angestiegen.“

Vielleicht haben wir das Glück, dass der Winter so extrem feucht wird, dass dieses mittlere Niveau in der Lausitz bis zum Frühjahr wieder erreicht wird. Es wäre schließlich spannend zu sehen, was dann in all den Feuchtgebieten passiert, die in der Reichweite der Grundwasserabsenkung des Tagebaues Jänschwalde liegen und für deren Schädigung in den letzten Jahren der Klimawandel eine allzu bequeme Ausrede war.

Umweltgruppe Cottbus e.V. Projektbüro: Straße der Jugend 33 D-03050 Cottbus	Internet www.kein-tagebau.de E-Mail umweltgruppe@kein-tagebau.de	Telefon +49 (0)151) 14420487	Spendenkonto GLS Bank BIC: GENODEM1GLS IBAN: DE17 4306 0967 1145 3769 00
--	---	--	--